

Laibacher Zeitung.

Nr. 284.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. 6.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 60 kr. Witt der Post ganzl. fl. 16, halbj. fl. 7.50.

Samstag, 12. Dezember

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere pr. Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 3 kr.

1874.

Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben dem Oberleutnant in der Reserve des Graf Reipperg 12. k. l. Dragonerregiments, Heinrich Grafen Dubsky v. Trebovskiy, die k. k. Rämmererwürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Herr Valentin Suenil aus Laib hat den Betrag pr. 135 fl. 58 kr., als Reinertrag eines im „Stembo“ zu Laib stattgehabten Besitztgeßschlebens, mit der Widmung anher übergeben, daß 100 fl. den Nothleidenden in Unterkrain und 35 fl. 58 kr. unter den Abwandlern von Doerlaibach vertheilt werden.

Diese Spende wird ihrer Bestimmung unter Einem zugeführt und es wird dem Geber der gebührende Dank hiemit ausgesprochen.

Laibach, am 7. Dezember 1874.

K. k. Landesregierung für Krain.

Das hiesige Großhandlungshaus Luchmann hat die unentgeltliche Verfrachtung von 74 Merling gesammelten Getreides für die Nothleidenden in Unterkrain von Laibach nach Pösendorf übernommen.

Für diesen Act hochherziger Mildthätigkeit wird dem genannten Großhandlungshause der gebührende Dank hiemit ausgesprochen.

Laibach, am 10. Dezember 1874.

K. k. Landesregierung für Krain.

Herr Johann Thuma, Oberlehrer an der Volksschule zu Mannsburg, hat dem k. k. Landesschulrath eine Käser- und Schmetterlingsammlung behufs Vetheilung einer hiesigen Lehranstalt zur Verfügung gestellt. Der Landesschulrath hat diese Sammlung der hiesigen Lehrerbildungsanstalt zugewendet und spricht dem Spender hiesfür den besten Dank aus.

Tarvis-Ponteba.

Der Eisenbahnausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses beschäftigte sich in seiner am 5. d. M. abgehaltenen Sitzung mit Petitionen, betreffend den Ausbau der Eisenbahnlinie Tarvis-Ponteba.

Der Berichterstatter Dr. Herbst ergriff das Wort zu nachstehenden Bemerkungen:

Nach Art. XIII des mit Italien im Jahre 1866 abgeschlossenen Friedenstractates besteht eine internationale Verpflichtung zur Verbindung einer von Udine an die Reichsgrenze zu bauenden italienischen Eisenbahn und hat auch die Rudolfsbahn in ihrer Concessionsurkunde die Verpflichtung, diese Bahn zu bauen, übernommen. Nach dem Berichte des Eisenbahnausschusses des kärntner Landtages baut die Gesellschaft „Alta Italia“ bereits in Italien von Udine bis an die Reichsgrenze bei Pontafel. Von österreichischer Seite ist bisher nichts geschehen, außer der Tracierung und militärisch-technischen Begutachtung. Die Bahn ist drei Meilen lang und bietet der Bau keine besonderen Schwierigkeiten. Was die wirtschaftliche Seite der Frage betrifft, genügt wohl ein Blick auf die Karte, um zu zeigen, wie wichtig die Linie für die kärntner Industrie ist. Durch den Bau dieser Bahn würde außerdem die Rudolfsbahn aufhören ein Torso zu sein; die Rudolfsbahn wird Ende 1876 dreißig Millionen Vorschüsse vom Staate erhalten haben und kann hoffentlich dieser Calamität nur dadurch abgeholfen werden, wenn man dieser Bahn einen Anschluß bietet, welcher diese dem größeren Verkehr erschließt und erscheint die Bahn auch aus finanziellen Staats-Rücksichten notwendig und wird der Staat dadurch keineswegs belastet. Die Befruchtung der Rudolfsbahn ersetzt nicht nur vollständig die Staatsgarantie für die drei Meilen lange Strecke, sondern sie bringt directe finanzielle Vortheile aber auch mit den vom Herrn Handelsminister am 25. November im hohen Hause entwickelten Anschauungen steht der Bau dieser Bahn nicht im Widerspruche. Redner stellt folgenden Antrag: „Die kaiserliche Regierung wird dringend aufgefordert, zur Sicherstellung des Ausbaues der Kronprinz Rudolfsbahn von Tarvis bis zur Reichsgrenze bei Ponteba ungesäumt die Verhandlungen mit der königlich italienischen Regierung bezüglich des Anschlußpunktes einzuleiten und noch im Laufe der Session 1874/75 Vorlagen zur ver-

saffungsmäßigen Behandlung einzubringen, durch welche ermöglicht wird, daß die Inbetriebsetzung dieser Linie gleichzeitig mit jener der italienischen Linie von Udine gegen Ponteba erfolgen könne.“

Abg. Syz stimmt den Anschauungen des Referenten vollkommen bei.

Abg. Freiherr von Kellersperg erklärt, daß er die Dringlichkeit und besondere Wichtigkeit dieser Linie nicht einsehen könne. Zur Zeit schon, als Venetien noch zu Oesterreich gehörte, wurde von Unparteiischen geltend gemacht, daß die Predilbahn für Oesterreich viel dringender und wichtiger sei, als die Linie Tarvis-Ponteba. Für die Bevölkerung sind andere Linien viel wichtiger und dennoch könne man bei den heutigen Verhältnissen diese nicht befürworten. Wenn Italien noch so sehr sich mit dem Baue beile, kann die Bahn von Ponteba nach Udine nicht vor dem Ablaufe von drei Jahren vollendet werden, da das Terrain auf italienischem Boden für den Bahnbau sehr ungünstig ist. Wir haben noch zwei oder drei Jahre Zeit in dieser Frage einen Beschluß zu fassen, bis uns von der andern Seite Concessionen gemacht werden. Uebrigens ist für Steiermark und Kärnten der Vortheil der Bahn kein bedeutender. Viel wichtiger für den Export sind billige Bahntarife, auf deren Erreichung die Regierung einwirken kann. Es ist allerdings richtig, daß durch den Bau der Pontebabahn die Rudolfsbahn dem Staate weniger kosten wird, aber daselbe wird durch die Predilbahn erreicht. Es würde nicht gut sein, den Handel von Triest abzulenken; Triest ist unser einziger Hafen und die Verbindung mit Italien wird durch die Predilbahn ebenso hergestellt als mit der Pontebabahn. Redner beantragt, die Petitionen der Regierung einfach zur Würdigung abzutreten.

Abg. Stockert meint, daß man Predil- und Pontebalinie nicht gegenüberstellen könne.

Abg. Seidl findet, daß die Frage nicht heißt: die Predil, die Ponteba; wenn sie aber auch so stünde, würde er dennoch für Ponteba sein.

Abg. Rabek meint, mit Rücksicht auf die bestehenden Staatsverträge dürfe die Linie nicht zu umgehen sein. Die Predilfrage hat gar keinen Zusammenhang mit der Linie Ponteba, die eine präjudiciert, die andere nicht. Es wäre wünschenswerth, die hohe Regierung über ihren Standpunkt in dieser Frage zu hören.

Abg. Teuschl schließt sich der Anschauung des Abg. Kellersperg an. Der handelspolitische Standpunkt, der noch nicht betont wurde, ist der wichtigste. Sowie die Linie Ponteba zustandekommt, ist der triester Handel für immer vernichtet. Man hat die Brennerbahn für Italien gebaut, die Gotthardbahn war ein Nagel zum Sarge des triester Handels. Mit der Gotthardbahn ist für Oesterreich die Verpflichtung entstanden, sofort eine neue Bahn nach Triest zu bauen — sie koste, was sie wolle. Es ist falsch, daß Ponteba die einzig mögliche Verbindung sei mit Italien — die einzig richtige Linie ist Predil, sie ist auch die kürzeste. Uebrigens ist im Staatsvertrage der Anschluß in Ponteba keine Urbedingung und ist auch für Kärnten die Pontebalinie gar nicht so wichtig, wie gesagt wurde; es ist lediglich ein locales Interesse, was hiebei in Betracht kommt. Die Predilbahn kostet nur 34 Millionen und nicht 60, wie gesagt wurde. Die Küste muß mit dem Hinterlande verbunden werden, eine Eisenstraße durch fremdes Land soll nie und nimmer gebaut werden. Die Interessen des Küstenlandes sind seit vielen Jahren geschädigt worden. Uebrigens Sie nach den Gesamtinteressen.

Dr. Bresnel ist der Ansicht, daß der Ausbau der Linie Tarvis-Ponteba für uns ein Bedürfnis ist, und darum hat Italien nach dem Staatsvertrage uns gegenüber eine Verpflichtung. Für uns ist jene Linie die bessere, die für unseren Verkehr notwendiger ist, und deren Bau billiger zu stehen kommt. Wir suchen mit dieser Linie keinen neuen Verkehr, sondern lassen nur den alten wieder aufleben. Die Erhaltung des lokalen Marktes liegt in unserem Interesse; die Linie ist vom volkswirtschaftlichen Standpunkte wichtig, da sie uns den Absatz sichert. Wir wollen keine Opfer bringen und erhalten durch diese Bahn ohne Opfer unseren Export. Triest kann jedoch zwischen Kärnten und Italien nicht den Zwischenhändler machen. Triest hat genug gelost; man bedenke nur die Kosten der Südbahn (Laibacher Moor und Karfi) von einer Verkürzung von Triest kann nicht die Rede sein.

Abg. Dr. Sturm ist gleichfalls für den Antrag des Referenten.

Abg. Canaval: Wenn das nicht dringlich ist, was seit zwanzig Jahren angestrebt wird, dann ist Pon-

teba nicht dringend. Auch der triestiner Handel kann sich des Vortheiles der Pontebabahn bemächtigen, Triest hat ja den venetianer Handel gar nicht zu fürchten. Redner bringt statistische Daten über den Durchfuhr-, Ein- und Ausfuhrhandel aus und über Triest und Wien und erklärt sich für die Anträge des Referenten.

Abg. Freiherr v. Kellersperg ist der Ansicht, daß, wenn die Pontebabahn gebaut wird, die Predilinie fraglich wird.

Abg. Deschmann spricht für den Referenten vom historischen Standpunkt.

Abg. Freiherr v. Wächter: Bis die Principien nicht festgestellt sind, nach welchen in Zukunft in Oesterreich Bahnen gebaut werden, soll in Oesterreich nicht gebaut werden; daher erklärt er sich gegen den Bau.

Abg. Teuschel polemisiert gegen die Ausführungen des Abg. Canaval. Die richtige Herstellung der Eisenbahnlilien im Inlande ist ein wichtiger Factor im handelspolitischen Leben. Eine Stadt an der Küste kann mit dem Inlande nur dann arbeiten, wenn die Seefracht mit der Landfracht in Einklang zu bringen ist, daher ist eine Abkürzung des Schienenweges dringend notwendig, die nur durch die Predilbahn erreicht wird. Predil und Ponteba lassen sich nicht von einander trennen und darum solle man heute nicht über den Bau der Pontebabahn entscheiden. Die Linie Ponteba ist die commercielle Auslieferung Triests an Italien. Das wichtigste ist die Herstellung einer zweiten Bahnverbindung Triests mit dem Hinterlande. Man präjudiciere heute nicht durch den Beschluß, Ponteba sei zu bauen.

Abg. Steffens: Wir haben in Wien und Oesterreich keinen einzigen Eisenhändler, in Wien höchstens ein paar Eisentaubler, weil wir keine Exporteure haben. Redner wendet sich im übrigen gegen die Ausführungen des Abg. Kellersperg.

Minister Dr. Banhaus erklärt, er habe sich den Staatsvertrag mit Italien stets gegenwärtig gehalten, eine Beschlußfassung über Ponteba ist vonseite der Regierung bisher nicht erfolgt. Gegen das eminent österreichische Interesse, welches für Ponteba angeführt wurde, bemerkt der Handelsminister, daß diese Linie mehr im italienischen Interesse als im österreichischen zu liegen scheint, wie daraus ersichtlich ist, daß die italienische Regierung sich wiederholt auf das eifrigste bemühte, die österreichische Regierung zu bewegen, den Anschluß in Ponteba herzustellen, welchem Bemühen schon 1866 und 1867 vonseite Oesterreichs Widerstand entgegengesetzt wurde. Der Minister kann sich heute noch nicht aussprechen, weil die Regierung heute noch keinen Beschluß in dieser Frage gefaßt hat und eine officielle Mittheilung darüber nicht hat, wie weit auf italienischer Seite der Bau geführt ist.

Finanzminister Freiherr v. Pretis kann die beiden Linien Ponteba und Predil nicht trennen. Die Frage steht so: sollen wir den österreichischen Handel nach Triest führen oder sollen wir ihn nach Venedig führen. Triest ist durch Genua und Marseille geschädigt und wird auch durch die Brennerbahn von Venedig geschädigt. Das österreichische Interesse spricht mehr für Predil respective Triest. Der Export kann auf den heute bestehenden Linien mit Nutzen geführt werden durch Disfranztarife. Eine Besserung der Zustände der Rudolfsbahn werde durch die Linie Ponteba nicht eintreten, wohl aber wird Triest durch Ponteba bedeutend geschädigt, Triest, das durch Venedig ohnedies bedeutend benachtheiligt ist. Nicht das locale Interesse Triests darf maßgebend sein, sondern der Markt, von dem die österreichische Industrie Nutzen zieht. Triests Zukunft muß gesichert werden und das geschieht nicht, wenn die Herstellung der Linie Ponteba übereilt wird. Die drei Meilen Bahn sind weder für die Industrie, noch für die Arbeiter von Werth. Der Finanzminister ist daher gegen die sofortige Beschlußfassung in dieser Frage, in der es sich um einen Concurrenzkampf zwischen Oesterreich und Italien handelt.

Abg. Dr. Herbst: Es scheint, daß ich mißverstanden worden bin, es wurde ja nicht beantragt, sofort zu bauen. Es wird langsam gebaut, weil die „Alta Italia“ kein Geld hat. Die „Alta Italia“ ist die Südbahn. Die Südbahn ist eine Macht. Redner weist auf den Widerspruch in den Ausführungen des Gegners hin, der darin liegt, daß einerseits behauptet wird, Italien habe ein ungeheures Interesse an dem Zustandekommen der Bahn und andererseits gesagt wird, es werde auf italienischer Seite sehr langsam gebaut. Das rasche Bauen liegt in dem „Wollen“. Ueber die Frage des Oesterreicherthumes lasse ich mich mit jedem ein. Ich bin ebenso gut Oesterreicher wie jeder; um das handelt es

sich aber hier nicht und bei volkswirtschaftlichen Fragen soll man diesen Punkt nicht berühren. Die wirklich kürzeren Linien lassen sich durch Tarifierabsetzung nicht ausgleichen; wenn ich bei der Wahrung meines Interesses sehe, daß auch ein Anderer einen Vortheil hat, soll ich deshalb meinen aufgeben? Aber auch hier widersprechen sich die Herren. Wir sollen die Predillinie bauen, wo wir theuer und schwierig bauen, und Italien billig baut, sollen aber Ponteba, wo wir billig bauen, wo aber Italien theuer und schwierig baut, nicht bauen. Es ist dies ganz unerklärlich; aus dem Staatsvertrage ist nicht nur für Italien, sondern auch für Oesterreich ein Recht erwachsen und darum urgieren wir. Kärnten, Steiermark und Krain in erster Linie und weiter Oberösterreich und Böhmen in zweiter Linie haben ein lebhaftes Interesse an dem Zustandekommen der Linie Ponteba. Unsere Aufgabe muß es sein, die größeren Eisenbahnen durch Ergänzung zu befruchten, damit wir aus unserer Eisenbahnmisere herauskommen, die gleichzeitige Inbetriebsetzung des italienischen Theiles und des Theiles Tarvis-Ponteba ist der Succus des Antrages. Wenn die Predillinie so wichtig ist und gebaut werden muß, so präjudicirt Ponteba die Predillinie sicherlich nicht.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Kellersperg auf Abtretung an die Regierung zur Erwägung abgelehnt, dagegen der Antrag des Abg. Dr. Herbst mit 17 gegen 4 Stimmen angenommen.

Reichsrath.

88. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 9. Dezember.

Präsident Dr. Rechbauer eröffnet um 11 Uhr 15 Min. die Sitzung.

Auf der Ministerbank befinden sich: Ihre Excellenzen die Herren Minister: Dr. Banhans, Dr. v. Stremaier, Dr. Glaser, Dr. Unger, Dr. Ritter von Chlumetzky, Freiherr v. Pretis und Dr. v. Ziemkowsky.

Vorgelegt werden von der Regierung; Die Gesetze, betreffend die Tagesgelder und Gebühren für die Reichsrathsbelegierten, die Veräußerung von unbeweglichem Staatseigenthum, die Abänderung der Eisenbahnconcession Przemysl-Leblow und die Regulierung der Narenta. Das Fischereigesetz für Binnenländer wird einem aus dem ganzen Hause zu wählenden Ausschusse, das Tabak-Vierzehntel dem Budgetausschusse zugewiesen.

Fortsetzung der Budgetdebatte. Der Unterrichtsminister Dr. v. Stremaier nimmt das Wort: Der Umstand, daß von beiden Seiten, besonders von der Opposition Angriffe gegen mich erfolgten, würde eigentlich genügen, um mich der Bertheidigung zu überheben. Ich muß aber constatieren, daß die confessionellen Gesetze nach jeder Richtung ohne Ausnahme, nach dem vollen Wortlaute mit Strenge und Energie durchgeführt werden. Die Regierung darf jedoch die vollste Objectivität nicht außer Auge oder sich von einem Parteistandpunkte leiten lassen. Es ist wohl zu weit gegangen, wenn man das Vorgehen der Polizeidirection in Prag gegen einen dortigen Professor mit den Agenden des Unterrichtsministeriums in Zusammenhang bringt. Was die bekannten Erlässe an die Decanate betrifft, so geschähen sie im Interesse der Studierenden selbst. Wenn der Abg. Ruß behauptet, daß die Regierung inbezug auf eine Provincialsynode in Prag Lässigkeit gezeigt habe, so hätte der Herr Abgeordnete, wäre er zur Zeit Minister gewesen, auch nicht anders vorgehen können. Es sei ihm ferner der Vorwurf gemacht worden, mit der Beantwortung der Interpellationen zu zaudern. Interpellationen sind ihrer Natur nach eigentlich Fragen über Gegenstände, welche der betreffende Abgeordnete, nicht aber die Regierung wisse, oder im umgekehrten Fall homöopathische Misstrauensvoten. Als Beispiel führt der Minister die Interpellation betreffs des Lehrers an, der in seinem Rationale die Rubrik „Religion“ mit: „Religion des XIX. Jahrhunderts“ ausfüllte. Dieser Lehrer wurde aber nicht deshalb, sondern von seinem Posten enthoben, weil ihm die wissenschaftliche Qualifikation fehlt und er erst jetzt zur Maturitätsprüfung sich gemeldet hatte. Auf die Sprachenfrage übergehend, begreift der Minister die edle Begeisterung für nationale Dinge. Aber sie dürfe nicht den realen Verhältnissen widersprechen. Was die Bestimmung über die Unterrichtssprache an den Volksschulen betrifft, so ist es nicht die Regierung, sondern der Landeslehrer, der hierüber zu entscheiden hat. Man verlangt eine slavische Universität. Es gibt aber vielerlei slavische Sprachen. Welche Sprache hat man dabei im Auge? Aufgabe der Regierung ist es, das Gebiet der Wissenschaft allen Nationen zu erschließen. Die Wissenschaft ist der Zweck, die Sprache das Mittel. Daher ist es vortheilhafter, eine fremde Sprache zu gebrauchen als in der Wissenschaft zurückzubleiben. Auch die deutsche Sprache hat schon in ihrer Blütezeit sich noch der lateinischen Sprache bedient. Eine Vernachlässigung der slavischen Schulen zum Vortheile der deutschen habe nicht stattgefunden. Stimmen aus der Mitte der Bevölkerung können selbst als Beweis hierfür vorgeführt werden. Bei Verleihung von Stipendien sind eben die Bestimmungen der Stifter maßgebend. Es sei also nur zu wünschen, daß die Herren von jener Seite die neuen slavischen Schulen auch ihrerseits mit Stipendien unter-

stützen, wie die Deutschen für ihre Schulen es gethan. (Lebhaftes Bravo.) Der Minister schließt mit einem warmen Appell an die Nationalitäten, das Band der Versöhnung untereinander zu knüpfen und einträchtig an den Wohlthaten der Wissenschaft theilzunehmen. (Beifall im ganzen Hause.)

Rap. 8: Centralauslagen wird sodann mit 1.147,000 Gulden genehmigt.

B. Cultus. Tit. 9: Erfordernis der Religionsfonde 4.412,000 fl.

Abg. Dr. Hoffer beantragt, der Minister sei aufzufordern, ein Gesetz vorzulegen, welches die Stellung des Religionsfondes zum Staate und die Beitragsleistungen zum Religionsunterrichte regelt. Wird dem Ausschusse zugewiesen.

Abg. Klais beantragt, statt den vom Ausschusse beantragten 60,000 fl. das Regierungspräliminare von 90,000 fl. für Kirchen- und Pfarrhausbauten in Dalmatien und falls dieser Antrag abgelehnt wird, wenigstens den Betrag von 4000 fl. für das Centralseminar in Zara zu bewilligen. Nach einer Aufklärung seitens des Ministers und des Referenten Dr. Rodler bezüglich des Standpunktes des Ausschusses werden beide Anträge Klais abgelehnt.

Zum § 19 dieses Titels (Unterstützung von katholischen Priestern) spricht Abg. Fischer. Die Unterstützung von katholischen Priestern ist eigentlich ein Ansehen des Staates an den Religionsfond, der Eigenthum der Kirche ist und vom Staate nur verwaltet wird. Deshalb müsse man die Kirche erst befragen, ob sie dieses Ansehen wolle. Thue man dies nicht, so scheint es, als ob der Staat solche Geisliche zu politischen Zwecken gebrauchen wolle. Er beantragt eine Resolution, daß die Regierung die Bethellung von katholischen Priestern nur im Einverständnisse mit dem Ordinariate vornehmen solle. Wird dem Ausschusse zugewiesen.

Abg. Pflügl anerkennt die Fürsorge der Regierung, wünscht aber, die Regierung möchte im Prinzip die Gehalte der Seelsorger insgesamt aufbessern, denn dann würde der Klerus diese Aufbesserung nicht als eine Gnadengabe betrachten. Titel 9 wird ohne Veränderung angenommen.

Tit. 10 (Stiftungen und Beträge zu katholischen Cultuszwecken) 423,182 fl. Abg. Pflügl will zur Restaurierung des Domes in Salzburg, dessen herrlicher Bau ganz verwahrlost ist, die Regierung zu einer Beitragsleistung von 20,000 fl. aufgefördert wissen. Wird dem Ausschusse zugewiesen.

Tit. 11. Beiträge zu evangelischen Cultuszwecken 109,400 fl. und Tit. 12 zu griechisch-orientalischen 83,800 fl. werden ohne Debatte angenommen.

Die Ausschussresolution auf Prüfung der Religionsfondsbeiträge und der Darlegung der Ergebnisse im nächsten Staatsvoranschlage wird angenommen.

C. Unterricht. Titel 1 Hochschulen: 2 Millionen 842,300 fl. Als Redner ließen sich eintragen: Harrant, Dr. Kopp, v. Elbert, Fuz, Promber, Kronawetter, Weiß v. Starzensels.

Abg. Harrant spricht über die Verhältnisse in den Volksschulen. Der Präsident macht den Redner aufmerksam, daß diese Auseinandersetzungen erst zum Titel „Volksschulen“ gehören. Redner behält sich daher das Wort für dieses Kapitel vor.

Abg. Dr. Kopp betont den immer mehr abnehmenden Besuch der Universitäten, speciell der wiener Universität. Die Erlässe des Unterrichtsministers waren kein glückliches Mittel dagegen. Die studierende Jugend erblickt in denselben eine Einschränkung der goldenen akademischen Freiheit. Doch sei es sehr zu bedauern, daß der Prozeß Minister contra Professoren vor die Studentenjurie gebracht wurde. (Bravo.) Diese Erlässe waren, wenn auch bester Absicht entspringend, ein faux pas, aber wer noch nie einen faux pas gemacht, der werfe den ersten Stein auf den Minister. Die Ursachen des Verfalles liegen tiefer, als sie der Minister erkannte. Die erste Frage ist: „Wer soll Professor sein?“ Professor soll der sein, der nicht bloß lehrt, sondern auch forscht und arbeitet. Das müsse aber belohnt werden und diese Entlohnung für ein Leben voll Mühe und Wissensdrang wird bei uns nicht gegeben. Man beruft sich auf die Collegiengelder und das ist der erste wunde Punkt. Daß der Staat den Professor wie der Cafetier den Marqueur auf das Trinkgeld anweist, ist unwürdig der staatlichen Stellung. Die Collegiengelder müssen fallen. Andererseits üben sie im internen Leben der alma mater einen unendlich schädlichen Einfluß durch die Jagd der Professoren nach möglichst vielen Hörern. (Bravo.) Weiters werden bei Neubestellungen Vorschläge gemacht, auf deren Grundlage Personen zu Professoren ernannt werden, welche die Qualifikation zu ihrem Posten nicht besitzen und daher den übrigen nicht Concurreren machen können. (Bravo.) Der zweite wunde Punkt ist das Prüfungsverhältnis, das wieder auf die Collegiengelder reagiert, weil die Professoren auch die Examinatoren, die Botanten sind. In Deutschland verleiht das Doctorat eine akademische Würde, nicht aber wie bei uns eine staatliche Berechtigung. Kein Hörer läßt sich bei einem Professor inscribieren, von dem er weiß, daß derselbe nicht als Prüfungscommissär fungieren wird. Redner gibt mehrere sehr drastische Beispiele. Der Minister kann

diese Verhältnisse nicht so genau kennen, denn seine Referenten sind active Professoren an derselben Universität. (Bravo.) Redner will keine Anträge, keine Resolutionen stellen, sondern er hofft, daß die Anregung, die er gegeben, nicht auf sterilen Boden fallen werde. (Beifall.)

Abg. Fuz betont, daß der Ausdruck Vortrage, daß der Minister von kurzfristigen Räten umgeben sei, nicht bloß im Inlande, sondern auch nach Außen, sogar in Amerika großes Aufsehen erregt habe. Er behauert, daß dieser Ausdruck nicht officidös widerlegt wurde. Anknüpfend an die Rede Dr. Kopp's kritisiert Redner das Referentenverhältnis im Unterrichtsministerium, in welchem er das Prinzip der Objectivität vermisst. Redner beantragt, von der Post „Universität in Innsbruck“ den Betrag von 3500 fl. als Quote des Gehaltes der Professoren der dortigen theologischen Facultät zu streichen und diesen nur bis 1. August l. J. anzuzahlen. Wird unterstützt.

Abg. Dr. Promber plaidirt aufs wärmste für die Verbesserung der Bezüge der Professoren an Hochschulen und hält hier ein Sparen für eine empfindliche Schädigung der kulturellen Entwicklung. (Bravo.) Der Antrag des Abg. Fuz wird dem Budgetausschusse zugewiesen.

Prozeß Arnim.

Berlin, 9. Dezember. Die Anklage lautet auf Vergehen im Amte. Nach Mittheilung der Personalien Arnims bis auf dessen Abberufung vom Pariser Vot-schafterposten wird bemerkt, daß der Amtsnachfolger desselben, Fürst Hohenlohe, bald nach seinem Amtsantritte im Vot-schafterarchiv bei genauer Recherche eine große Anzahl amtlicher Schriftstücke vermisst habe. Diese Schriftstücke sind unter drei verschiedenen Rubriken aufgeführt. Der Angeklagte erscheine überführt, diese Schriftstücke (Urkunden), welche für die Politik des deutschen Reiches, respectiv dessen Beziehungen zu den ausländischen Mächten von größter Bedeutung sind, bei Seite geschafft und unterschlagen zu haben. Die erste Rubrik umfaßt die mitgenommene, auf Aufforderung des auswärtigen Amtes später zurückgegebenen Schriftstücke. Die zweite Rubrik umfaßt solche Schriftstücke, die Arnim gesäubert an sich nahm, aber als ihm gehörig zurückhät.

Die Anklage deducirt demnach den amtlichen Charakter der quästionierten Schriftstücke (wofür namentlich Rescripte von 1843 angeführt werden, wonach die allgemeinen, für die inländischen Behörden geltenden bezüglichen Normen auch für alle Gesandtschaftsarchive Geltung haben sollen).

Nach einer Erörterung des Geschäftsganges im auswärtigen Amte heißt es in der Anklage, die fraglichen Schriftstücke seien theils Erlässe (des auswärtigen Amtes an die diplomatischen Vertreter) theils Berichte (der diplomatischen Vertreter, im Auslande an das auswärtige Amt.) Die Erlässe, deren Concepte vorliegen, sind sämmtlich in dem Geschäftsjournale des auswärtigen Amtes eingetragen, mit laufender Nummer und Journalnummer versehen. Wenn einzelne Erlässe den Zusatz „vertraulich“, „ganz geheim“, „persönlich“, „zu eigener Information“ tragen, so wird dadurch der amtliche Charakter der Schriftstücke nicht alteriert, sondern nur für ihre Behandlung die Directive gegeben. Eigenhändige Schreiben des Reichskanzlers stehen nicht in Frage. Hieran schließt sich die Ausführung über den Geschäftsgang bei diplomatischen Vertretern, welchen ebenfalls die Führung besonderer Eingangs- und Ausgangs-Journale vorgeschrieben ist.

Arnim habe diese Journale vorschriftsmäßig geführt, er habe außerdem in den letzten Monaten seiner amtlichen Thätigkeit ein geheimes Journal geführt, jedoch mit nur wenig Eintragsnummern. Die Anklage constatirt durch Mittheilung der Eintragsnummern, daß die nicht eingetragenen Schriftstücke überhaupt nicht ins Archiv gelangt sind und daß der größte Theil der fehlenden Schriftstücke in das Journal nicht eingetragen ist.

Es folgt nun die specielle Aufzählung der unter die erste Rubrik gehörigen Schriftstücke, die Graf Arnim seinem Geständnisse zufolge an sich nahm und später zurückgab, sowie die Correspondenz zwischen dem auswärtigen Amte und Arnim, welche die Rückgabe zur Folge hatte. Die Anklage widerlegt eingehend die Behauptung Arnims, daß er die in erster Rubrik aufgeführten Schriftstücke nur an sich nahm, um solche dem auswärtigen Amte zurückzustellen.

Die Anklage geht sodann zu den unter der zweiten Rubrik aufgeführten, gesäubert von Arnim an sich genommenen zwölf Schriftstücken über, welche Arnim angeblich, weil sie seinen persönlichen Conflict mit dem Reichskanzler betreffen, als Privateigenthum zurückhät.

Hierunter befindet sich ein Erlaß vom 8. November 1872, welcher den Angeklagten zur Aeußerung über eine Unterhaltung mit St. Vallier in Nancy auffordert. Nach vertraulicher Mittheilung Mantuffels soll Arnim St. Vallier gegenüber geäußert haben, er betrachte die Regierung Thiers' als unhaltbar, weil ihr Gambetta, dann die Commune, dann das Militäregiment folgen werde, wenn Frankreich nicht bald eine monarchische Regierungsform erhalte. Ferner ein Erlaß des auswärtigen Amtes vom 3. Jänner 1874, welche den unterlassenen Bericht Arnims über die Deutschland verlebenden Hirtenbriefe französischer Bischöfe moniert; ferner ein Erlaß

Tagesneuigkeiten.

— (Vom A. h. Hofe.) Wie man aus Pest meldet, hat Se. Majestät der Kaiser am 9. d. bei seiner Rückkehr nach Gödöllö Pest gar nicht berührt. Der Aufenthalt des Kaisers dürfte, wenn nicht außerordentliche Ereignisse eintreten, bis nach Weihnachten dauern. Se. kaiserl. Hoheit der Kronprinz Rudolf soll ebenfalls zu Weihnachten in Gödöllö eintreffen.

— (Zur Subventionierung des Merus.) Aus der lavanter Diöcese in Steiermark haben sich um Vertheilung aus dem zur Unterstützung hilfsbedürftiger katholischer Seelsorger durch das Finanzgesetz für das Jahr 1874 gemilderten Betrage von 500,000 fl. 153 Bewerber gemeldet, zu denen sich noch nachträglich drei Priester aus der sekauer Diöcese als Bittsteller gesellen. Hierdurch ist die Zahl der Competenten um staatliche Unterstützung aus dem Herzogthum Steiermark auf 295 getrieben und hat sich gegenüber dem Jahre 1873 um 182 vermehrt. Im Ganzen wurde 268 Priestern eine Unterstützung von zusammen 28,950 fl. gewährt. Eine Mitwirkung des lavanter bischöflichen Ordinariates fand gleichfalls nicht statt.

— (Humane Stiftung.) Der Anwalt des debrecziner reformirten Collegiums Anton Toth-Röyhves hat, wie „Debreczen“ mittheilt, seine nach den gegenwärtigen Preisen einen Werth von etwa 25,000 fl. repräsentierenden Landgründe der genannten Behörde testamentarisch vermacht, in deren Archiv auch die betreffende Urkunde bereits deponirt wurde.

— (Schwacher Theaterbesuch.) Ueberall Klagen über schlechte Geschäfte; die Theater in Neusohl, Rumburg und Ratibor haben vor der Zeit geschlossen, in St. Pölten fand wegen schlechten Geschäftsganges ein Directionswechsel statt; in Budweis, Jglau, Tyrnau und Eger spielt man vor leeren Bänken; Karlsbad und Eßeg stehen vor einer Krise und in Bukarest hat die deutsche Saison nach den ersten drei Wochen ihr Ende erreicht. Der Director der großen Oper in Paris hat beim Ministerium angelehrt, die Eintrittspreise für sämtliche Plätze um 50 Prozent erhöhen zu dürfen, doch ist sein Gesuch als unberechtigt abgewiesen worden.

— (Englische Nordpolexpedition.) Die italienische Regierung wurde von der englischen eingeladen, einen oder mehrere Offiziere ihrer Kriegesflotte nach England zu schicken, damit sie an der Nordpolexpedition teilnehmen, welche nächstes Frühjahr auf einem englischen Kriegsschiffe unternommen werden soll. Die italienische Regierung hat die Einladung mit Dank angenommen.

— (Venus-Durchgang.) Einer Meldung des „Bureau Reuter“ zufolge ist die Beobachtung des Venus-Durchganges durch Oberst Tennant in Ostindien geglückt. Es wurden viele Photographien aufgenommen.

Locales.

— (Aus dem Sanitätswochenberichte des laibacher Stadtpfysikates) vom 29. November bis inclusive 5. Dezember 1874 entnehmen wir folgendes:

I. Morbidität: Diefelbe war in dieser Woche eine ziemlich bedeutende. Der entzündliche Krankheitscharakter war vorherrschend, von den Infectionskrankheiten Nachenbräune und Scharlach, vereinzelt Variellen und Typhoide.

II. Mortalität: Diefelbe war ziemlich bedeutend. Es starben 19 Personen (gegen 22 in der Vorwoche.) Von diesen waren 11 männlichen und 8 weiblichen Geschlechtes, 11 Erwachsene und 8 Kinder, daher das männliche Geschlecht und die Erwachsenen überwiegend an der Sterblichkeit participirten.

Im ersten Lebensjahre starben 3, und zwar an Fraisen 2, an Schwäche 1 Kind;

vom 2. bis 20. Jahre starben 6 Personen, und zwar an Diphtheritis (1mal mit Scharlach) 3 (in der Vorwoche auch 3), an Blattern, Scharlach und Tuberculose je 1 Person; vom 20. bis 60. Jahre starben 5 Personen, und zwar an Tuberculose 2, an Rückenmarksentzündung, Gehirnlähmung und Luströhrenschwund je 1 Person;

über 60 Jahre alt starben 5 Personen, und zwar an Lungenentzündung und Lungenödem je 2, an Marasmus 1 Person.

Als häufigste Todesursache traten auf: Diphtheritis und Tuberculose je 3mal, d. i. 15.7%, Fraisen, Lungenentzündung und Lungenödem je 2mal, d. i. 10.5%, Blattern, Scharlach, Marasmus zc. je 1mal, d. i. 5.2% aller Verstorbenen.

Im Civilspitale starben 4, in der Stadt und den Vorstädten 15 Personen.

Diese vertheilen sich wie folgt: Innere Stadt 6, St. Peterstorstadt 2, Polanavorstadt 3, Kapuzinervorstadt 2, Grabischavorstadt 1, Krakau- und Tirnavorstadt 1, Karlsbädtervorstadt und Hühnerdorf 0, Moorgrund 0.

— (Gemeinderathssitzung.) Die Tagesordnung für die heute um 5 Uhr abends stattfindende Gemeinderathssitzung lautet: I. Berichte der Schulsection: 1. Wegen Setzung von einigen Oesen im Realschulgebäude; 2. wegen künftiger Ernennung des zweiten Realschuldieners im Einvernehmen mit dem Landesauschusse. II. Berichte der Finanzsection: 1. Ueber die Offerirung des städtischen Hauses Nr. 56 als Bauplatz für die Lehrerbildungsanstalt; 2. über die Vorschläge aus der Stadtkasse an den Armenfond; 3. über die Flüßigmachung der städtischen Tangente

für die Realschuleinrichtung; 4. über die Subvention für das Kinderhospital; 5. über die Bewilligung der Amtskleidung für die städtischen Amtsdienere; 6. über die nachträgliche Genehmigung eines Vergleiches betreffs eines ausstehenden Wiesenpachtwillinges. III. Berichte der Polizeisection: 1. Ueber eine Recursanmeldung gegen ein Straf-erkenntnis wegen Uebertretung der Straßenpolizeivorschriften; 2. über die Bewilligung eines Paares Stiefel pro Jahr für die Detectivs; 3. über einen Recurs gegen ein Straf-erkenntnis wegen Uebertretung der Straßenpolizeivorschriften; 4. über einen Recurs gegen ein Erkenntnis auf Zahlung von Krankheitskosten und von Dienstlohnersatz. — (Hiernach geheime Sitzung.)

— (Der heimathliche Maler Herr Franke) ist derzeit in Laibach mit der Aufnahme und Ausfertigung mehrerer Portraits hiesiger Persönlichkeiten beschäftigt. In der Handlung des Herrn F. Maifchel am Hauptplatze sind soeben zwei große Kinderportraits ausgestellt.

— (Ein Wohlthätigkeitsconcert) zum Zwecke der Beheilung dürftiger Schulkinder findet am 13. d. nachmittags um 5 Uhr im landschaftlichen Redoutensaale statt. Zur Aufführung kommen: 1. eine Overture von Lachner; 2. ein Männerchor von Hendrych; 3. das G-moll Clavierconcert von Mendelssohn; 4. ein Männerchor von Bösl; 5. ein Duett aus Verdi's „Trovatore“; 6. Bariton solo mit Chor von Zajec. Diesen Productionen folgt die Darstellung von vier lebenden Bildern.

— (Theaternachricht.) Unsere deutsche Bühne bringt morgen das große Sensationsstück „Kolja Sandor“ von Eduard Dorn zur Aufführung. Dieses Bühnenwerk rollt in vier Acten und acht Bildern getreue Skizzen aus dem Leben des bekannten und berüchtigten Räuberhauptmannes auf, enthält ergreifende und erschütternde Scenen und gewährt auch einen tiefen Einblick in das ungarische Volksleben. Es ist ein Sonntags- und Sensationsstück ersten Ranges.

— (Zur Faschingsaison.) Aus Anlaß der am 13. d. im hiesigen Redoutensaale stattfindenden Vorstellung wird die nächste große Tanzprobe in der Citalnica anstatt am 13. am 14. d. abgehalten.

— (Der heurigen Opern-, Concert- und Tanzsaison) droht große Gefahr. Wir vernehmen aus sicherer Quelle, daß das k. Kriegsmministerium unter Berufung auf einen angeblich in den 1850er Jahren erlassenen und derzeit noch in Rechtskraft stehenden Befehl die weitere Mitwirkung einzelner Mitglieder der hiesigen k. k. Regimentsmusikcapelle bei unter Leitung eines Civilkapellmeisters stattfindenden Civilmusikproductionen nicht mehr gestattet und die Regimentsmusik nur als ganzer Körper unter Leitung des Militärkapellmeisters aufzutreten habe. Die Republicirung dieses hohen Befehles und seine unangenehmen Folgen greifen in keiner anderen Stadt Oesterreichs so tief ein, wie in Laibach, das gesellschaftliche Leben erleidet durch strenge Befolgung obigen Befehles einen argen Stoß. Laibach besitzt keine Civilmusikcapelle. Die Theaterdirection unterhält wohl für gewöhnliche Theaterabende ein aus 18 Mitgliedern bestehendes kleines Orchester; aber bei Opern, Operetten, größeren Gesangspöffen und bei Concerten der philharmonischen Gesellschaft muß ein großes Orchester am Platze sein. Dieser wurde die Verstärkung des kleinen Civilorchesters aus den hervorragenden Mitgliedern der k. k. Regimentsmusikcapelle recrutirt, namentlich die Blech- und Holzinstrumentenbläser. Die Theaterdirection wird wohl nicht säumen, unter Geltendmachung der in Laibach obwaltenden außergewöhnlichen Verhältnisse das hohe Kriegsmministerium um weitere Gestattung der Verwendung einzelner militärischer Musikkräfte bei Civilmusiken zu ersuchen. Wir richten an die Bevölkerung Laibachs wiederholt die bereits angeregte Mahnung, das Project der Auffstellung einer städtischen Civilmusikcapelle thätigst und kräftigst unterstützen zu wollen. Ein Comité, bestehend aus unternehmungslustigen und musikkundlichen Persönlichkeiten, beschäftigt sich soeben mit der Gründung und Auffstellung einer Civilmusikcapelle, deren Aufgabe es wäre, bei Theater-, Concert-, Soirée-, Tanz- und anderen Musiken gegen Entlohnung, ferner bei Ploz-, Popensreichmusiken, Concerten für Wohlthätigkeitszwecke mitzuwirken. Wie wir vernehmen, werden bereits talentierte Böglinge für die zu gründende Civilmusikcapelle ausgebildet; es wurden 44 musikalische Instrumente angekauft, ein tüchtiger Musiklehrer acquirit und die Sache befindet sich im besten Zuge. Das betreffende Comité wird demnächst mit einem Aufrufe um kräftigste finanzielle Unterstützung dieses Projectes vonseite der Stadtbevölkerung Laibachs in die Öffentlichkeit treten und die Gründung einer städtischen Civilmusikcapelle dringend empfehlen. Es ist höchste Zeit, daß in dieser Richtung etwas geschieht. Auch Laibach kann auf eigenen Füßen stehen, kann, wenn es sich opferwillig erweist, fremder Gnadenacte entbehren, kann das nothwendige sich selbst schaffen. Das betreffende Comité mag ohne Verzug an die Opferwilligkeit der musikkundlichen Bevölkerung Laibachs appelliren. Das Ergebnis wird sicher ein glänzendes sein!

— (Eine Bärenjagd) fand am Mittwoch den 9. d. unter Theilnahme von 10 Schützen und 20 Treibern in dem gräflich Auersperg'schen Jagdreviere Sonnegg nächst Laibach statt. Der gräflich Auersperg'sche Waldheger Josef Klován erlegte mit einem Schusse einen drei Zentner schweren Bären (Männchen). Das erlegte Raubthier wurde gestern der hiesigen k. k. Bezirkshauptmannschaft des

vom 20. Dezember 1872, worin der Reichskanzler die Berichterstattung Arnims über die politische Situation Frankreichs als theilweise auf irrthümlichen Voraussetzungen beruhend bezeichnet und zugleich die Frage über die für Deutschland zuträglichste Regierungsform in Frankreich einsehend erörtert; ferner ein Erlaß vom 23ten Dezember 1872 betreffend die Berichterstattung Arnims über eine Neußerung Thiers'; weiters ein Erlaß vom 2. Juni 1873 betreffend einen Artikel des „Gaulois“ und „Französis“ über Neußerungen Arnims; endlich einen Erlaß vom 4. März 1874 betreffend die Immediateeingabe des Angeklagten an den Kaiser. Der Erlaß moniert, daß die der Eingabe beigesetzte Abschrift eines Erlasses vom 21. Jänner 1874 ungenau gewesen war. Letzgenannter Erlaß hatte gegenüber dem Angeklagten auf größere Fügbarkeit gegen die Instructionen des Reichskanzlers und auf ein geringeres Maß selbständiger Initiative Anlaß erhoben.

Aus dem Inhalte der einzelnen Erlasse folgert die Anklage, daß alle Schriftstücke nicht bloß formell, sondern auch materiell einen amtlichen Charakter haben, nur dem Staate, nicht der Person des Angeklagten gehören können und daß die darin enthaltenen Vorhaltungen und Rectificationen den amtlichen Charakter derselben nicht alterieren.

Unter den sobann angeführten, zur dritten Rubrik gehörigen Schriftstücken, aus 11 Erlässen und 12 Berichten bestehend, von deren Verbleib Arnim nichts wissen will, sind hervorzuheben: ein Memoire über eine Unterredung mit General Fleury; ferner ein Erlaß betreffend die Stellung des russischen Botschafters in Paris, Fürst Orloff, zu Deutschland; ferner betreffend eine Unterredung Orloffs mit Thiers. Die Anklage begründet in längerer Auseinandersetzung, daß die Schriftstücke der dritten Rubrik von Arnim gleichfalls nur abzüglich hätten zurückbehalten werden können.

(Schluß folgt)

Politische Uebersicht.

Laibach, 11. Dezember.

„Pesti Naplo“ befürwortet die sofortige Verhandlung jener Steuervorlagen, die voraussichtlich wenigen Meinungsverschiedenheiten im ungarischen Reichstage begegnen werden, wie die Jagdsteuer, die Wein- und Fleischsteuer, besonders aber die Transportsteuer. — Das Mandat der Deputirten des kroatischen Landtages läuft mit Ende Junt des Jahres 1875 ab und werden demnach die Wahlen in Kroatien beinahe in der nemlichen Zeit wie in Ungarn vor sich gehen. Das kroatische Wahlgesetz ist aber sehr mangelhaft. Ein neuer, radicaler Wahlgesetzentwurf würde große und vielleicht resultatlose Debatten hervorrufen. Wie man dem „P. A.“ aus Agram schreibt, gedenkt die kroatische Landesregierung dem am 19. d. M. zu eröffnenden Landtage eine large Novelle zu unterbreiten, welche die Verbesserung der Hauptfehler des Wahlgesetzes anstreben und namentlich die Wahlorte feststellen soll.

Wie die „Allg. Ztg.“ meldet, gilt es als zweifellos, daß der Schluß des deutschen Reichstages erst im Jänner 1875 erfolgen werde. — Die Bundesrathsausschüsse beriethen am 7. und 8. d. M. die preussischen Vorschläge wegen Errichtung einer Reichsbank und werden ihre Arbeiten mit möglichster Beschleunigung erledigen. Wie das obgenannte Blatt erfährt, werden die preussischen Vorschläge allgemein als sährt, werden die preussischen Vorschläge allgemein als annehmbare Basis zur Verständigung anerkannt. — Der Beschluß, das deutsche Reich nicht mehr beim päpstlichen Stuhle vertreten zu lassen, hat unter den liberalen bairischen Reichstags-Abgeordneten den Vorfaß angeregt, auch auf die Offenlassung desselben Postens im bairischen Etat zu dringen.

Die National-Versammlung in Versailles hat sich in den letzten Tagen mit dem Gesetz, betreffend den Schutz der bei ambulanten Gewerben verwendeten Kinder, und mit dem Gesetz, betreffend die Errichtung neuer medizinischer Facultäten, beschäftigt.

Depeschen aus carlistischer Quelle versichern, daß der Angriff der Liberalen auf Dharzun abgeschlagen wurde. Diefelben Depeschen dementiren die Nachricht, daß der Bischof von Urgel die Sache der Carlisten verlassen habe, und sagen, daß Serrano in Logrono angekommen sei.

In der rumänischen Kammerstzung machte der Ministerpräsident, um die sowohl materiell wie moralisch jammervolle Lage der Ruralbevölkerung zu verbessern, Vorschläge, für welche die Kammer die Dringlichkeit votirte. Der Fortgesetzentwurf wurde in Erwägung gezogen.

Die Stelle in der Präsidentenbotschaft Grants, welche sich auf Cuba bezieht, lieft nun wörtlich vor. Sie lautet: „Der bellagenerthe Kampf in Cuba dauert fort, ohne daß eine der streitenden Parteien einen merklichen Vortheil erringen könnte. Der sechsjährige Kampf gibt dem Aufstande Bedeutung. Die Ausdauer und Partnädigkeit seiner Anhänger in Verbindung mit der Unfähigkeit Spaniens, die Bewegung zu bewältigen, kann nicht bestritten werden und könnte einige positive Schritte vonseite anderer Mächte nothwendig machen.“

hufs Constatierung und Flüssigmachung der Taglia an den Meisterschützen vorgeführt.

(Eine Distanzfahrt.) Aus Sachsenfeld in Steiermark wird dem „Slov. Narod.“ erzählt: „Da man heutzutage sehr viel von Distanzritten und schnellen Fahrten schreibt, lassen Sie mich auch einige Distanzfahrt erwähnen, welche der hiesige Spenglermeister J. Badnik im Monate Dezember des sehr trockenen Winters des Jahres 1869, auf einem vierrädrigen, von ihm konstruirten Velocipede ausgeführt hat. Er fuhr um 3 Uhr Früh von Sachsenfeld ab und am gleichen Tage um 10 Uhr abends war er bereits in Triest angekommen. In Laibach traf er schon um 7 Uhr morgens ein und hielt auf dem ganzen Wege von Sachsenfeld nach Triest nur dreimal Rast, nemlich in Laibach, Planina und bei einem alleinstehenden Wirthshause bei Triest. Bedenkt man, daß die Strecke von Sachsenfeld nach Triest 14 Meilen beträgt, und daß die Straße wiederholt große Steigungen hat, so muß man die Velocipedefahrt als eine sehr rasche bezeichnen.

(Kinderpest.) Aus Anlaß der in der Bezirkshauptmannschaft Bolosca und zwar in den Ortschaften Dolajae, Zelschane, Kapa, Stalnica, Lisac, Klana und Zoonic herrschenden Kinderpest ist der ganze Steuerbezirk Feistritz mit den gesetzlichen Folgen als Seuchenbezirk erklärt und die Absperrung des Bezirkes gegen das Küstenland verfügt. Laut der am 5. l. M. vorgenommenen Schlußrevision ist die Kinderpest auch im Vortheile der Datschaft Gora erloschen und wird hiemit der ganze poluische Bezirk Gottschee als seuchenfrei erklärt.

(Predil.) Aus Görz wird der „Trierer Zeitung“ angeblich aus verlässlicher Quelle folgendes mitgetheilt: „Als der Abgeordnete Graf Coronini vor einigen Tagen in Begleitung seiner übrigen Collegen aus dem Görzer Gebiete dem Herrn Ministerpräsidenten die mit 5000 Unterschriften versehene Petition der hiesigen Bevölkerung inbetreff der Predilbahn überreichte, nahm er dieselbe freundlichst entgegen und sprach: Seien Sie überzeugt, meine Herren, daß auch der Regierung diese Bahn sehr am Herzen liegt. Ich gebe Ihnen die Versicherung, die Predilbahn soll eine der ersten Bahnen sein, welche die Regierung dem Abgeordnetenhause zur verfassungsmäßigen Behandlung vorlegen wird.“

(Theater.) Die gestrige Aufführung der Donizetti'schen Oper „Belisar“ brachte viel gutes, viel mittelmäßiges und viel unannehmbares. Herr Orieaner sang den ariosen Theil des Titelparties vorzüglich, in den Ensembles ließ er seine Bundesgenossen im Stich. Frau Schütz-Witt führte den Heldenpart der „Antonina“, insbesondere in der ersten Abtheilung mit Feuer und Virtuosität aus. Fr. Januschowsky gab die „Irene“ recht anmuthig und excellente in der Colloquaturarie des ersten Actes. Herr Hajek als „Kaiser Justinian“ erschien kräftig und tadellos. Herr Dalsy (Alamir) war wohl seiner Aufgabe vollkommen sicher, aber seiner Stimme fehlte gestern edler Metallklang und das Tremolieren nahm kein Ende. Die Herren Knoller (Eutropius) und Pinales (Gajebio) führten die kleinen Partien recht gut durch. Der Chor — wenn man den schlüchternen Gesang einiger Herren und Damen so benennen darf — erzielte gar keinen Effect. Die Ensemblestellen litten durch Unsicherheit des Herrn Orieaner. Das Publicum lobte die gelungenen Piecen der Damen Frau Schütz-Witt und Fr. Januschowsky, sowie der Herren Orieaner und Dalsy durch Beifallsbezeugungen und Hervorrufe.

Öffentlicher Dank.

Herr Heinrich Skodlar, Hausbesitzer in Graz hat für den hiesigen Armenfond einen Beitrag von 50 fl. ein-gesendet.

Für die menschenfreundliche Spende wird demselben der wärmste Dank abgestattet.

Laibach, am 9. Dezember 1874.

Von der Armeninstituts-Commission.

Herr Heinrich Skodlar, Privatier in Graz, spendete dem hiesigen Handels-Kranken- und Pensionsverein 100 fl., wofür dem edlen Geber der ergebenste Dank hie-mit öffentlich ausgesprochen wird.

Laibach, am 11. Dezember 1874.

Die Direction.

Für die arme Witwe mit 6 Waisen in Hühnerdorf ist weiters eingegangen: Eine Tischgesellschaft bei „Wirant“ 3 fl. und Herr Karl Leskovic 2 fl.

Neueste Post.

(Original-Telegramme der „Laibacher Zeitung.“)

Wien, 11. Dezember. Das Abgeordnetenhaus nahm unverändert die Unterrichtsbudgettitel: Volksschulen, Stif-tungen und Studienfond an. Ueber die Resolution be-treffs Aenderung des Wirkungskreises des galizischen Landes Schulrathes entspann sich eine lebhafteste Debatte, worin Czernawski gegen, Kowalski für die Resolution plaidieren. Razlag beantragt eine Aufforderung an die Regierung, in der nächsten Session des galizischen Land-tages einen Gesetzentwurf einzubringen, den galizischen Landes Schulrath derart regelnd, daß den Bedürfnissen der Ruthenen, hinsichtlich des Unterrichtes in ihrer Sprache, entsprochen werde. Dieser Antrag, von Hanisch bekämpft, wird über Antrag Herbsts wegen seiner großen Trag-weite unter Vertagung der Beschlußfassung über die Ausschlußresolution dem Budgetausschusse zugewiesen. Nächste Sitzung abends.

Wien, 11. Dezember. Abend-sitzung des Abgeord-netenhaus. Der Antrag Fuz auf Streichung der Ge-halte für die Jesuitenprofessoren an der innsbrucker Uni-versität wird abgelehnt und die Ausschlußziffer angenom-men. Die Resolution Kronawetters wegen Aufhebung der theologischen Facultäten wird abgelehnt. Die Reso-lution wegen Reorganisierung des krakauer Technicums wird angenommen. Die Resolution wegen Militär-befreiung der Lehrer und Lehramtcandidaten, und die Resolution Razlags, heute gemeldet, wird abgelehnt und die diesbezügliche Ausschlußresolution angenommen. Hiemit ist das Unterrichtsbudget vollkommen erledigt.

Berlin, 11. Dezember. Reichstag. Militärbudget. Der Commissionsantrag auf Verschmelzung der Bud-gets der preussischen und sächsischen Armeecorps wurde mit 141 gegen 139 Stimmen angenommen, wiewohl Bismarck erklärte, der Antrag sei formell und materiell unzulässig.

Prozeß Arnim. Arnim gesteht die Autorschaft der Zeitungsartikel im „Echo“, in der „Kölnischen Zeitung“ und des Briefes an Döllinger zu, verweigert jedoch die Auskunft betreffs der Enthüllungen in der wiener Presse. Bülow und Landsberg werden vernommen. Landsberg gibt die Einsendung der Preßenthüllungen zu, verweigert aber Ablegung des Zeugnisses, ob Arnim an der Veröffentlichung irgendwie theilhaftig sei. Der Ge-richtshof scheidet von der Vertheidigung Landsbergs hinsicht-lich der Preßenthüllung ab.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 11. Dezember

Papier-Rente 69.65. — Silber-Rente 75.—. — 1860er Staats-Anleihen 109.65. — Bank-Actien 996. — Credit-Actien 237.25. — London 110.55. — Silber 105.80. — R. l. Münz-Du-caten — Napoleon'sor 8.89.

Wien, 11. Dezember. 2 Uhr. Schlußcourse: Credit 237.75. Anglo 144.25, Union 116.70, Francobant 57.25, Handelsban: 71.50, Vereinsbank 19.50, Hypothekarrentenbank 10.—, allgem.: Baugefellschaft 27.50, Wiener Baubant 43.—, Unionbaubant 30.—, Wechselbaubant 13.25, Brigittenauer 10.—, Staatsbahn 309.25 Lombarden 131.—, Communallose —. Fest.

Handel und Volkswirtschaftliches

Die englischen Versicherungsgesellschaf-ten und ihre Wirksamkeit in Oesterreich. Be-kanntlich haben von der gesetzlich normierten Zulassung ausländi-scher Versicherungsgesellschaften zum directen Geschäftsbetriebe in Oesterreich vor allen anderen die beiden großen englischen Gesell-

schaften „North British“ und „Imperial Fire In-surance Company“ Gebrauch gemacht, und es zeigt ein-neuester Act dieser beiden Compagnien, daß dieselben damit be-reits ganz besondere Erfolge erzielt haben müssen. Wie uns nem-lich mitgetheilt wird, haben dieselben in Wien vor einigen Tagen eine Realität um den namhaften Preis von nahezu einer halben Million Gulden erstanden und auf diese Weise ihren ernstlichen Willen documentiert, sich in Oesterreich ganz heimisch zu machen und ihr auf sicherer Grundlage basirtes und bereits ausgedehntes Geschäft in vergrößertem Maßstabe zu betreiben. Sie haben somit zu den vielen Securitäten, welche sie schon früher befaßen, auch noch die eines werthvollen Realbesitzes hinzuzufügen für gut befunden, obgleich es wohl keines weiteren Mittels mehr bedurft hätte, um das diesen beiden, zu den hervorragendsten englischen Versicherungsgesellschaften zählenden Compagnien entgegengebrachte Vertrauen zu erhöhen.

Verstorbene.

Den 5. Dezember. Franz Podkraischel, Magozinsauf-seher, 44 Jahre, Polanavorstadt Nr. 2, Luströhrschwindlucht. — Elisabeth Achatzschitz, Zeitungsträgersgattin, 77 J., Stadt Nr. 124, Lungentzündung. — Johann Peñat, Wagenkupplerkind 2 1/2 J., Polanavorstadt Nr. 90, Rachenbräune. — Josefa Lotar, Haus-besitzerwitwenochter, 21 J., Gradischavorstadt Nr. 14, Lungensucht.

Den 6. Dezember. Ludwig Mattelich, Steinmetzwerk-sführersohn, 10 J., St. Peterstorstadt Nr. 65, Rachenbräune. — Nikolaus Compare, Arbeiter, 38 J., Stadt Nr. 89, Lungensü-hnung. — Franz Pototar, Feizerskind, 3 Wochen, Kapuziner-vorstadt Nr. 89, Convulsionen. — Alexander Draganič, Feizer, 28 J., Civilspital, Bauchfellentzündung. — Bruno Kritz, Schnei-der, 42 J., im Civilspital an Lungendämmernd sterbend überbracht.

Den 7. Dezember. Aloisia Kapreth, Advocatenochter, 49 J., Stadt Nr. 23, Lungentuberculose. — Den 8. Dezember. Franziska Demšar, Schneidersgattin, 53 J., Kapuzinervorstadt Nr. 19, Lungentuberculose. — Franz Jerman, Weidhändlerkind, 2 1/2 J., Barmherzigenoffe Nr. 128, Scharlachbräune. — Theresia Grassler, Conducteursochter, 12 J., Polanavorstadt Nr. 61, Rachenbräune. — Julie Planzar, Rutschers-tochter, 6 1/2 J., Elisabeth-Kinderspital Polanavorstadt Nr. 67, Lungensü-mung.

Den 9. Dezember. Victoria Soric, k. l. pens. Hauptmanns-kind, 3 1/4 J., Stadt Nr. 77, Rachenbräune.

Den 10. Dezember. Antonia Omachen, Verzebrungs-steuer-Revidentensgattin, 38 J., Polanavorstadt Nr. 75, Typhus.

— Franz Pader, Tagelöhner, 24 Jahre, Civilspital, Lähmung.

R. l. Garnisonspital vom 22. bis incl. 28. November. Leopold Dgrizel, Zugführer des 53. Inf.-Regimentes, Lun-gentuberculose.

Angekommene Fremde.

Am 11. Dezember.

Hotel Stadt Wien. Volk und Kartin, Reis., Wien. Hotel Elefant. Reis, Kfm., und Kurz, Wien. — Kunz, Gastgeber, Tarvis. — Poffatto mit Gemalin, Benebig. — Dr. Rajpet, Adelsberg. — Magolik, Pfarrer, St. Lampredt. Kaiser von Oesterreich. Puschhauser Ernestine und Medwed, Frautwig. — Peruzzi, Brunnndorf. Mohren. Libemann, Radmannsdorf. — Milave, Zirkniz.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Table with columns: Zeit der Beobachtung, Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt, Lufttemperatur nach Celsius, Wind, Anhalt der Nichteis, Himmel, Regen (in Millimetern). Data for Dec 11: 6 U. Mg. 727.22, 2 U. N. 725.72, 10 U. Ab. 722.07. Wind: D. f. schwach, N.W. f. schw., N.W. schwach.

Morgens bewölkt, nach 8 Uhr Aufheiterung, die Alpen klar, übertags Sonnenschein, abends bewölkt. Das Tagesmittel der Temperatur — 0.8°, um 0.2° unter dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Wir empfehlen als zu

Festgeschenken

besonders geeignet:

Original-Photographien älterer Meisterwerke aus der dresdner Galerie und hervorragender Meisterwerke der Neuzeit

in zwei Grössen:

Extraformat Blattgröße 31 : 44", Bildgröße 25 : 33". Imperialformat Blattgröße 25 : 31 1/2", Bildgröße 15 1/2 : 18 1/2". Preis per Blatt Extraformat fl. 25.50. " " Imperialformat " 6.80.

Ig. v. Kleinmayr & Fed. Bambergs

Buchhandlung, Sternallee.

Börsebericht.

Wien, 10. Dezember. Eisenbahn-Actien waren wieder in ihrer Mehrzahl stark begehrt, ebenso Rente und Dampfschiff-Actien. Ueberhaupt hatte das Geschäft einen lebhaften Charakter, den es nun schon lange vermissen ließ. In Bankpapieren scheinen Deckungskäufe vorgekommen zu sein.

Large table with multiple columns listing market data: Rente (69.60, 69.70), Silberrente (74.90, 75.-), Eisenbahn-Actien (Rudolfs-Bahn, Staatsbahn, Südbahn, etc.), Actien von Transport-Unternehmungen (Aussch.-Bahn, Carl-Ludwig-Bahn, etc.), and Actien von Banken (Anglo-Bank, Sanverein, etc.).